

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 1. Dezember 2021 / Mercredi matin, 1^{er} décembre 2021

Bildungs- und Kulturdirektion / Direction de l'instruction publique et de la culture

18 2019.ERZ.71746 Gesetz
Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG) (Änderung)

18 2019.ERZ.71746 Loi
Loi sur la Haute école pédagogique germanophone (LHEP) (Modification)

1. Lesung / 1^{re} lecture

*Gemeinsame Eintretens- und Grundsatzdebatte der Traktanden 16, 17 und 18 / der Geschäfte 2019.ERZ.71745, 2019.ERZ.71743 und 2019.ERZ.71746:
siehe Traktandum 16 / Geschäft 2019.ERZ.71745.*

*Débat d'entrée en matière et débat de principe groupés des points 16, 17 et 18 de l'ordre de jour / des affaires 2019.ERZ.71745, 2019.ERZ.71743 et 2019.ERZ.71746 :
voir point 16 de l'ordre de jour / affaire 2019.ERZ.71745.*

*Detailberatung des Geschäfts 2019.ERZ.71746 /
Délibération par article de l'affaire 2019.ERZ.71746*

Le président. Nous passons à l'affaire du point numéro 18 de l'ordre du jour. Le débat est toujours libre et nous sommes toujours en première lecture.

I.

1 (Titel) / 1 (titre)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 1

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 1a (neu) / Art. 1a (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

1a (Titel) (neu) / 1a (titre) (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 1b (neu) / Art. 1b (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 3 und Art. 5 Abs. 1 / Art. 3 et art. 5, al. 1

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 5 Abs. 2 / Art. 5, al. 2

Antrag BiK-Mehrheit (Vanoni, Bern) und Regierungsrat

Sie vermittelt fachliche, pädagogische, didaktische sowie Beratungs- und Beurteilungskompetenzen. Sie fördert interdisziplinäres Wissen, kritische Urteilskraft, das Arbeiten im Team und die Entwicklung der Persönlichkeit. Sie bereitet durch praxisorientierte Studiengänge auf berufliche Tätigkeiten vor. Sie befähigt die Studierenden, soziale Verantwortung und Verantwortung für die Erhaltung der Umwelt und der Lebensgrundlagen des Menschen zu übernehmen.

Proposition majorité de la CFor (Vanoni, Berne) et Conseil-exécutif

Elle inculque des compétences techniques, pédagogiques, didactiques ainsi qu'un savoir-faire en matière de conseil et d'appréciation. Elle développe les connaissances interdisciplinaires, l'esprit critique, la capacité à travailler en équipe et la personnalité. Elle prépare à l'exercice d'activités professionnelles en proposant des filières d'études orientées vers la pratique. Elle rend les étudiants et les étudiantes aptes à assumer des responsabilités sociales et à s'engager pour la sauvegarde de l'environnement et des bases naturelles de la vie humaine.

Antrag BiK-Minderheit (Abplanalp, Brienzwiler)

Geltendes Recht

Proposition minorité de la CFor (Abplanalp, Brienzwiler)

Droit en vigueur

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Sprecher BiK-Mehrheit. Wir sprachen gestern bereits über eine analoge Bestimmung bei den Kernaufgaben im Rahmen der Beratung des Gesetzes über die Universität (UniG). Die Kommissionsminderheit hatte die Parole, dass wir drei Gesetze beraten und dass dort, wo gleiche Dinge zu regeln sind, in diesen drei Gesetzen auch gleiche Formulierung aufgenommen werden sollen. Die Mehrheit dieses Rates folgte dieser Linie gestern nicht ganz konsequent, bei diesem Punkt vor allem nicht beim UniG. Deshalb möchte ich nicht nochmals die Begründung für diese Linie wiederholen, sondern zusätzlich einen spezifischen Grund nennen, weshalb diese Ergänzung der Kommissionsminderheit beim Gesetz über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHG) sinnvoll und angebracht ist.

Ich knüpfe am aktuellen Problem des Lehrerinnen- und Lehrermangels an. Warum soll man überhaupt Lehrerin oder Lehrer werden? Die BKD führte im letzten Jahr eine Kampagne durch, um dem

Lehrpersonenmangel entgegenzuwirken. Sie hat dazu eine Website eingerichtet, die www.lehrerinnenwerden.ch heisst. Wenn man diese Seite besucht, liest man in Buchstaben, die so gross sind, dass sie, zumindest bei mir, den ganzen Bildschirm füllen: «Heute den Vorbildern von morgen Vorbild sein.» Vorbild zu sein ist also eine wichtige Rolle, eine wichtige Funktion des Lehrerinnen- und Lehrerberufs. Damit Lehrpersonen das auch können, wenn sie ins Berufsleben kommen, müssen sie entsprechend ausgebildet oder befähigt werden, wie es im Vorschlag der Kommissionsmehrheit heisst. Sie sollen befähigt sein, Vorbild zu sein, indem sie eben soziale Verantwortung und Verantwortung für die Erhaltung der Umwelt und der Lebensgrundlagen von Menschen wahrnehmen können.

Der Artikel, den die Kommissionsmehrheit vorschlägt, steht schon seit Jahren im Gesetz über die Berner Fachhochschule (FaG). Was wir für die Fachhochschule im Gesetz verlangt haben und eigentlich gut finden und was sich bewährt hat, zum Beispiel für angehende Agronominnen, für angehende Architekten, für angehende Betriebsökonominnen, für Bauingenieure, für Elektrotechnikerinnen – ich könnte diese alphabetische Aufzählung noch weiterführen –, sollte doch eigentlich auch für angehende Lehrpersonen selbstverständlich sein. Deshalb empfiehlt die Kommissionsmehrheit, die Formulierung aus dem FaG auch ins PHG zu schreiben. Der Regierungsrat hat sich diesem Antrag angeschlossen, und ich bitte Sie um Unterstützung.

Ueli Abplanalp, Brienzwiler (SVP), Sprecher BiK-Minderheit. Wir von der Minderheit waren der Meinung, dass das geltende Recht genau das ist, was der Lehrerberuf heute erfüllen muss, und das, was aufgezählt wird, völlig ausreicht. Wir haben uns lange darüber unterhalten, was denn passiert, wenn wir es hineinnehmen. Aus unserer Sicht ist ganz klar, dass wir das Schwergewicht auf einen Bereich legen, der jetzt gerade ganz aktuell ist. Das birgt die Gefahr, dass wir, wenn wir ein Gesetz machen, das in Zukunft wirken soll, irgendetwas vergessen oder nicht hineinnehmen. Deshalb sind wir ganz klar der Meinung, dass der zusätzliche Text Tagesgeschäft ist. Es ist das, was sie heute bereits machen. Ja, man kann es ins Gesetz schreiben. Dann ist es einfach in 20 Jahren noch drin, und vielleicht ist dann etwas ganz anderes aktuell. Aber die eigentliche Grundlage von Art. 5 Abs. 2 steht im geltenden Recht. Deshalb sind wir ganz klar der Meinung, dass wir diesen Zusatz nicht brauchen.

Daniel Wildhaber, Rubigen (SP), Fraktionssprecher. Die SP-JUSO-PSA ist der genau gleichen Meinung wie die Kommissionsmehrheit und auch die Regierung. Den Argumenten, die Bruno Vanoni aufgezählt hat, schliessen wir uns voll und ganz an. Lehrpersonen sollen und müssen auch in diesen Bereichen eine Vorbildfunktion wahrnehmen. Danke für die Unterstützung.

Christine Grogg-Meyer, Bützberg (EVP), Fraktionssprecherin. Ich kann mich eigentlich dem Votum von Bruno und Daniel anschliessen. Aber ich möchte noch sagen, dass es im PHG um die Lehrerausbildung geht. Es geht um die Lehrer, die nachher vor den Klassen stehen und unsere Kinder unterrichten. Genau die brauchen dieses Wissen oder müssen es selber auch mitbringen. Was heisst soziale Verantwortung genau? Was heisst Erhaltung der Umwelt? Was heisst es, sich für die Lebensgrundlagen der Menschen einzusetzen? Es sind genau diese Personen – wir wollen gute Lehrkräfte, die unsere Kinder gut bilden und ihnen genau das mitgeben, wovon hier gesprochen wird. Ich habe gestern schon beim UniG gesagt, dass es hier um Dinge geht, die in der Bildung eigentlich immer ein Schwergewicht haben müssen. Wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der wir gut zusammenleben können, brauchen wir in jeder Bildung genau diese Aspekte und Grundlagen, und besonders an der PH, an der wir unsere Lehrerinnen und Lehrer ausbilden.

Beat Kohler, Meiringen (Grüne), Fraktionssprecher. Ich möchte eigentlich ins gleiche Horn stossen wie die Vorrednerin. Was, wenn nicht soziale Verantwortung, ist eine Kernaufgabe im Lehrerberuf? Soziale Verantwortung in einem so wichtigen sozialen Beruf wahrzunehmen, muss einfach eine Kernaufgabe dieser Berufsausbildung sein. Deshalb ist auch ganz klar, dass die Fraktion Grüne die Formulierung der Mehrheit und der Regierung einstimmig unterstützen wird. Auch um im Bereich des Erhalts der Umwelt Verantwortung zu übernehmen, werden wir diese Formulierung natürlich

unterstützen. Wir haben es mehrfach gehört, die Vorbildfunktion bei Lehrern ist gross. Sie werden weit über die aktuelle Tagesdiskussion hinaus eine Wirkung haben, weil sie Personen ausbilden, die die nächsten 30, 40 oder 50 Jahre prägen werden. Deshalb ist es wichtig, dass es hier enthalten ist.

Alfons Bichsel, Merligen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich habe schon gestern gesagt, dass wir im Moment bei den Kernaufgaben sind, die die PH erfüllen soll. Es ist auch unbestritten, dass die soziale Verantwortung der Lehrpersonen in Bezug auf die Nachhaltigkeit und die Umwelt eine wichtige Rolle spielt. Aber wenn wir das jetzt hier hineinschreiben, ist es eine Art zusätzlicher Auftrag, der in den Kernaufgaben erfüllt werden soll. Natürlich sind wir damit einverstanden, dass die Lehrpersonen den heutigen Veränderungen Rechnung tragen sollen. Und natürlich sind wir für Nachhaltigkeit. Das ist unbestritten. Aber wenn wir es jetzt hier aufnehmen, verändern wir es eben übermässig. Das haben wir im Moment eigentlich alles so nicht drin. Wir wollen grundsätzlich, dass man dem auch weiterhin Rechnung trägt, denn das machen sie schon heute. Aus diesem Grund wird die Mitte geltendes Recht beibehalten und die Minderheit unterstützen.

Le président. La parole n'est plus souhaitée. Je laisse le micro à Mme la vice-présidente du gouvernement.

Christine Häslar, BKD-Direktorin. Der Regierungsrat hat sich hierbei der Kommissionsmehrheit angeschlossen und empfiehlt Ihnen, diesen Antrag anzunehmen.

Le président. Nous allons voter sur cet art. 5, al. 2 : les député-e-s qui acceptent la proposition de la majorité de la commission et du gouvernement votent oui, celles et ceux qui acceptent la proposition de la minorité de la CFor votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71746: Art. 5 Abs. 2 / art. 5, al. 2

Antrag BiK-Mehrheit und Regierungsrat (Ja), Antrag BiK-Minderheit (Nein)

Proposition majorité de la CFor et Conseil-exécutif (oui), proposition minorité de la CFor (non)

Annahme Antrag BiK-Minderheit / Adoption proposition minorité de la CFor

Ja / Oui	65
Nein / Non	74
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté la proposition de la minorité de la CFor. Il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte puisque la minorité souhaite le droit en vigueur.

Art. 5 Abs. 4 / Art. 5, al. 4

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Le président. Nous avons plusieurs propositions pour le nouvel art. 5a.

Art. 5a (neu) / Art. 5a (nouveau)

Antrag BiK-Mehrheit (Blum, Melchnau)

Beitrag zur Klimaneutralität

¹ Die Pädagogische Hochschule leistet im Rahmen ihrer Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2030.

Proposition majorité de la CFor (Blum, Melchnau)

Contribution à la neutralité climatique

¹ La Haute école pédagogique contribue, dans les limites de ses compétences, à la réalisation de la neutralité climatique d'ici à 2030 au plus tard.

Antrag BiK-Minderheit (Schüpbach, Huttwil)

Geltendes Recht

Proposition minorité de la CFor (Schüpbach, Huttwil)

Droit en vigueur

Antrag Regierungsrat

Beitrag zur Klimaneutralität

¹ Die Pädagogische Hochschule leistet im Rahmen ihrer Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität bis spätestens 2030.

Proposition Conseil-exécutif

Contribution à la neutralité climatique

¹ La Haute école pédagogique contribue, dans les limites de ses compétences, à la réalisation de la neutralité climatique d'ici à 2030 au plus tard.

Christine Blum, Melchnau (SP), Sprecherin BiK-Mehrheit. Es ist wieder dasselbe Thema, das wir schon beim UniG und bei der PH hatten. Es geht um einen zusätzlichen Artikel, der Klimaneutralität bis im Jahr 2030 im Gesetz festschreiben möchte. Ich kann hier die Mehrheit der BiK vertreten. Sie ist dafür, dass es in das Gesetz kommt, auch mit einer Jahreszahl. Denn wir denken, dass es durchaus erreichbar ist. Beim UniG haben wir bereits ausgeführt, dass sie schon früher klimaneutral werden wollen, und dann können die anderen Hochschulen das auch.

Le président. Pour la minorité de la CFor, est-ce que M. le député Schüpbach souhaite prendre la parole ? – Non. Pour la proposition du gouvernement, Mme la vice-présidente ? – Non plus, très bien. Nous allons voter. – Einzelsprecher : M. le député Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne), Einzelsprecher. Keine Angst, ich spreche nur kurz als Sprecher der Fraktion Grüne. Es ist eine Diskussion über eine Ergänzung des Textes, die wir analog eigentlich schon vor ein paar Wochen oder wenigen Monaten in einem Abstimmungskampf über einen Verfassungsartikel geführt haben. Auch damals gab es einen grossen Kreis von Personen, die sagten, man müsse so etwas gar nicht in die Verfassung schreiben. Das Volk hat den Klimaschutz trotzdem in die Verfassung geschrieben. Bis zum Jahr 2050 soll der Kanton Bern klimaneutral werden. Wie wir schon gestern gehört haben, hat die Uni von sich aus in den zuständigen Uniorganen erklärt, dass sie das Ziel der Klimaneutralität bis ins Jahr 2025 erreichen will. Wir haben gestern auch beim UniG nichts zusätzliches oder anderes ins Gesetz geschrieben. Die Fachhochschule ist daran, es zu definieren, und sie wird demnächst entscheiden, wie sie es handhaben will. Wir haben gestern gemäss Antrag des Regierungsrates in das FaG geschrieben, dass die Fachhochschule im Rahmen ihrer Kompetenzen den erforderlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität leistet.

Jetzt sind wir bei der PH. Im Unterschied zur Uni und zur Fachhochschule ist mir keine Äusserung, keine Absichtserklärung oder öffentliche Verlautbarung der PH bekannt, dass sie im Hinblick auf das Ziel der Klimaneutralität irgendetwas unternehmen will. Deshalb finde ich es eigentlich angebracht, dass wir im Grossen Rat einen Wink und auch eine Rückendeckung für den Fall geben, dass die PH im Hintergrund am Arbeiten ist, was ja gut möglich ist, sodass sich auch die PH zur Klimaneutralität bekennt. In diesem Sinn finden wir Grüne den Antrag der Kommissionsmehrheit nach wie vor gut. Aber als Minimum könnte man auch dem Antrag des Regierungsrates ohne Jahreszahl zustimmen. Ich bitte Sie, mindestens das zu tun.

Ueli Abplanalp, Brienzwiler (SVP), Fraktionssprecher. Im Gegensatz zur Fachhochschule und zur Universität im Speziellen hat die PH praktisch keine Möglichkeit, eigene Leistungen zu erbringen. Wir müssen uns ganz klar bewusst sein, dass es uns etwas kostet, ob wir die eine oder die andere Formulierung aufnehmen. Spätestens bei der Budgetdebatte müssen wir das Gleiche machen und es bezahlen. Wenn wir die eine oder andere Variante unterstützen, egal, ob es der Antrag der Mehrheit oder des Regierungsrates ist, wird es uns etwas kosten. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Lauf der Zeit es zeigen wird. Die PH ist aus meiner Sicht nicht die Schule, die ein grosser Player beim Verbrauch ist. Sie wird auch keine entsprechende Einsparung machen können. Sie muss es einfach extern einkaufen und kann es nicht selber machen. Deshalb möchte ich Sie im Namen der SVP doch bitten, den Minderheitsantrag zu unterstützen und diesen Artikel gar nicht hineinzuschreiben.

Alfons Bichsel, Merligen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Ich habe es vorhin erwähnt. Wir waren bei den Kernaufgaben. Jetzt sind wir dort, wo ich sage, wir müssen Wort halten und der Klimaentwicklung treu bleiben und auch sagen, wir wollen etwas dagegen tun. Der Handlungsspielraum ist bei der PH nicht riesig, das muss man schon sagen. Natürlich hat Ueli möglicherweise recht: Es könnte sein, dass es etwas kostet. Wir machen es hier gleich wie gestern beim UniG und stimmen dem Klimaartikel, wenn man dem so sagen kann, zu, aber ganz klar ohne Jahreszahl. Denn das bindet wieder und ist etwas, das bereits morgen wieder überholt ist. Deshalb tragen wir der Nachhaltigkeit und dem Klima Rechnung und nehmen diesen Artikel ohne Jahreszahl an.

Le président. La parole n'est plus demandée. Je laisse s'exprimer Mme la vice-présidente du gouvernement.

Christine Häsler, BKD-Direktorin. Wir haben dieses Thema jetzt schon zweimal diskutiert, und auch hier bleibt die Haltung der Regierung gleich. Es ist uns sehr wichtig, dass die Hochschulen ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität leisten. Das machen sie, und zum Teil sehr engagiert. Es ist sehr gut möglich, dass gerade auch die PH, über die wir jetzt diskutieren, im Jahr 2030 genau das erreicht, was wir heute Klimaneutralität nennen. Aber sie sollen ab dem Jahr 2030 auch noch weiterarbeiten. Deshalb will die Regierung keine Jahreszahl. Es ist in diesem Bereich nicht sinnvoll. Darum hat die Regierung noch einmal darüber nachgedacht, wie man das formulieren kann. Jawohl, es ist uns wichtig, dass sie einen Beitrag zur Erreichung der Klimaneutralität leisten. Aber das ist eine Aufgabe, die erhalten bleibt. Man kann ihr kein Abschlussdatum geben und dann sagen: «Gut, das Jahr 2030 ist jetzt vorbei.» Sondern es geht weiter, und es ist auch notwendig, dass es weitergeht. Ich bitte Sie, die Variante der Regierung zu unterstützen. Sie nimmt das Anliegen auf, ohne zu denken, diese Aufgabe sei im Jahr 2030 einfach vorbei.

Le président. Nous allons voter sur cet art. 5a (nouveau) – contrairement à ce que j'ai dit tout à l'heure, pour le protocole : nous allons voter sur cet art. 5a (nouveau) : nous avons une proposition de la majorité de la commission contre une proposition du gouvernement, les député-e-s qui acceptent la proposition de la majorité de la CFor votent oui, celles et ceux qui acceptent la proposition du gouvernement votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71746: Art. 5a (neu) / art. 5a (nouveau)

Antrag BiK-Mehrheit (Ja), Antrag Regierungsrat (Nein)
 Proposition majorité de la CFor (oui), proposition Conseil-exécutif (non)

Annahme Antrag Regierungsrat / Adoption proposition Conseil-exécutif

Ja / Oui	63
Nein / Non	81
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous acceptez la proposition du gouvernement.

Nous allons maintenant opposer la proposition du gouvernement à celle de la minorité de la CFor : les député-e-s qui acceptent la proposition du gouvernement votent oui, celles et ceux qui acceptent la proposition de la minorité votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71746: Art. 5a (neu) / art. 5a (nouveau)

Antrag Regierungsrat (Ja), Antrag BiK-Minderheit (Nein)
 Proposition Conseil-exécutif (oui), proposition minorité de la CFor (non)

Annahme Antrag Regierungsrat / Adoption proposition Conseil-exécutif

Ja / Oui	80
Nein / Non	64
Enthalten / Abstentions	0

Le président. Vous avez accepté la proposition du gouvernement. Il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte puisque celle de la minorité ne voulait pas de ce nouvel article.

Art. 6 Abs. 1 Bst. c1 (neu) / Art. 6, al. 1, lit c1 (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 11

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 14 Abs. 1 (betrifft nur den französischen Text) /

Art. 14, al. 1 (ne concerne que le texte français)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 19 (Titel) und Art. 19 Abs. 2 / Art. 19 (titre) et art. 19, al. 2

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 19 Abs. 3 (neu) / Art. 19, al. 3 (nouveau)

Antrag Schindler (Bern, SP-JUSO-PSA)

streichen

Proposition Schindler (Berne, PS-JS-PSA)

biffer

Antrag BiK (Blum, Melchnau)

Geltendes Recht

Proposition CFor (Blum, Melchnau)

Droit en vigueur

Meret Schindler, Bern (SP), Einzelsprecherin. Ich habe es Ihnen gestern schon gesagt. Ich finde es nach wie vor falsch, wenn die Kompetenzen für die Anstellungsbedingungen von der Regierung an die einzelnen Schulräte weitergeleitet werden. Deshalb bitte ich Sie, meinem Streichungsantrag zuzustimmen.

Le président. Est-ce que la parole est demandée ? – Non. Nous allons donc voter sur cette proposition de Mme la députée Schindler de biffer cet article : les député-e-s qui soutiennent la proposition de la CFor votent oui, celles et ceux qui soutiennent la proposition de Mme la députée Schindler votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71746: Art. 19 Abs. 3 / art. 19, al. 3

Antrag BiK (Ja), Antrag Schindler (Nein)

Proposition CFor (oui), proposition Schindler (non)

Annahme Antrag BiK / Adoption proposition CFor

Ja / Oui 111

Nein / Non 31

Enthalten / Abstentions 3

Le président. Vous avez accepté la proposition de la CFor.

Il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte puisque la proposition de Mme la députée Schindler ne voulait pas de ce nouvel alinéa.

Art. 19a (neu) / Art. 19a (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 19b (neu) / Art. 19b (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 20, 22

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

3.2.5 (Titel) (neu) / 3.2.5 (titre) (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 24a (neu) / Art. 24a (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 24b (neu) / Art. 24 b (nouveau)

Stillschweigende Annahme / Adoption tacite

Art. 25 Abs. 1 / Art. 25, al. 1

Antrag BiK-Mehrheit (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Zum Studium Zu den Studiengängen der Grundausbildung der Lehrkräfte für die Primarstufe und die Sekundarstufe I wird zugelassen, wer die Voraussetzungen gemäss dem Bundesgesetz vom 30. September 2011 über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz, HFKG)²⁾ und dessen Ausführungsbestimmungen erfüllt.

Proposition majorité de la CFor (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Est admis aux filières de la formation de base du corps enseignant des degrés primaire et secondaire I études quiconque remplit les conditions prévues par la loi fédérale du 30 septembre 2011 sur l'encouragement des hautes écoles et la coordination dans le domaine suisse des hautes écoles (loi sur l'encouragement et la coordination des hautes écoles, LEHE)²⁾ ainsi que par les dispositions d'exécution de celle-ci.

Antrag BiK-Minderheit (Wildhaber, Rubigen) und Regierungsrat

Geltendes Recht

Proposition minorité de la CFor (Wildhaber, Rubigen) et Conseil-exécutif

Droit en vigueur

Art. 25 Abs. 1a (neu) / Art. 25, al. 1a (nouveau)

Antrag BiK-Mehrheit (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Zu einem Studiengang der Grundausbildung der Lehrkräfte für die Primarstufe werden auch Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses ohne weitere Voraussetzung, insbesondere ohne Ergänzungsprüfung zugelassen.

Proposition majorité de la CFor (Krähenbühl, Unterlangenegg)

Sont également admis à une filière de la formation de base du corps enseignant du degré primaire les titulaires d'un certificat de maturité professionnelle sans condition supplémentaire, en particulier sans examen complémentaire.

Antrag BiK-Minderheit (Wildhaber, Rubigen) und Regierungsrat

Geltendes Recht

Proposition minorité de la CFor (Wildhaber, Rubigen) et Conseil-exécutif

Droit en vigueur

Art. 26 Abs. 1 / Art. 26, al. 1

Antrag BiK-Mehrheit (Krähenbühl, Unterlangenegg)

~~Zum Studium~~ Zu den Studiengängen der Grundausbildung der Lehrkräfte für die Sekundarstufe II wird zugelassen, wer die Voraussetzungen gemäss dem Reglement der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vom 28. März 2019 über die Anerkennung von Lehrdiplomen für den Unterricht auf der Primarstufe, der Sekundarstufe I und an Maturitätsschulen¹⁾ erfüllt.

Proposition majorité de la CFor (Krähenbühl, Unterlangenegg)

~~Est admis aux études~~ filières de la formation de base du corps enseignant du degré secondaire II quiconque remplit les conditions prévues par le règlement de la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) du 28 mars 2019 concernant la reconnaissance des diplômes d'enseignement du degré primaire, du degré secondaire I et pour les écoles de maturité¹⁾.

Antrag BiK-Minderheit (Wildhaber, Rubigen) und Regierungsrat

~~Zum Studium wird zugelassen, wer an einer anderen Hochschule mindestens einen Zwischenabschluss in einem auf die Voraussetzungen gemäss dem Reglement der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vom 28. März 2019 über die Grundausbildung bezogenen Fachstudium erreicht hat~~ Anerkennung von Lehrdiplomen für den Unterricht auf der Primarstufe, der Sekundarstufe I und an Maturitätsschulen¹⁾ erfüllt.

Proposition minorité de la CFor (Wildhaber, Rubigen) et Conseil-exécutif

Est admis aux études quiconque a au moins obtenu un diplôme intermédiaire d'une autre haute école, sanctionnant remplit les conditions prévues par le règlement de la Conférence suisse des études propres aux disciplines enseignées et ayant trait à directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) du 28 mars 2019 concernant la formation reconnaissance des diplômes d'enseignement du degré primaire, du degré secondaire I et pour les écoles de base-maturité¹⁾.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Sprecher BiK-Mehrheit. Das ist vielleicht überhaupt der spannendste und umstrittenste Antrag aller drei Gesetze, die zur Debatte stehen. Es geht darum, wer unter welchen Bedingungen für ein Studium an der PH von der Einstiegsstufe bis und mit der sechsten Klasse zugelassen werden soll. Wir sprechen nicht von der Oberstufe, das ist wichtig. Es betrifft nicht die Oberstufe. Der Antrag der Mehrheit will, dass wir Personen mit einer Berufsmaturität prüfungsfrei zulassen. Dieser Antrag hat eine ziemliche Vorgeschichte. Die BiK hat sich schon vor längerem mit dieser Thematik auseinandergesetzt, namentlich als man die sogenannte Fachmaturität Pädagogik als prüfungsfreien Zugang zur PH zuließ. Dies wieder bis und mit sechster Klasse. Uns störte damals, dass man mit der Fachmaturität Pädagogik, die letztendlich schon eine Abweichung vom Prinzip ist, dass die gymnasiale Maturität für die Zulassung zur PH berechtigt, einen niederschweligen Zugang schuf, und zwar mit einer Schmalspurmatur, bei der beispielsweise keine höhere Mathematik gross ein Thema wäre. Aber gleichzeitig wollte man es den Berufsmaturanden nicht gewähren. Das hat die BiK bereits damals gestört, und zwar vor dem Hintergrund, dass eine Mehrheit der BiK der Meinung war, dass Personen, die einen Beruf gelernt, eine Berufsmaturität absolviert haben und vielleicht auch noch etwas Berufserfahrung und Lebenserfahrung mitbringen, grundsätzlich besser oder ebenso gut geeignet sind wie Personen, die mit 18 Jahren, mit einer Fachmaturität, mit wenig Lebenserfahrung und ohne Berufserfahrung einfach an die PH gehen.

Kollege Jan Gnägi reichte damals sogar einen Vorstoss (M 140-2018, Endlich sinnvolle Massnahmen gegen den Lehrermangel – Zulassung an die PH Bern von Personen mit Berufsmaturität) ein, zog ihn dann aber zurück. Jetzt muss man wissen, weshalb. Damals war die Auskunft uns gegenüber, wenn wir das machen würden, verliere die ganze PH Bern die Anerkennung der Ausbildungsabschlüsse durch die anderen Kantone. Im Zusammenhang mit dieser Gesetzesrevision gingen wir dieser Fragen noch einmal nach, und es kam eine ein bisschen differenzierte Antwort. Nämlich, dass das nicht zwingend sei und wie bis anhin jemand, der eine gymnasiale Maturität oder eben eine Fachmaturität hat, die Anerkennung der anderen Kantone für seinen Studienabschluss durchaus weiterhin habe und man eine Lösung mit einem parallelen Studiengang beziehungsweise einem speziellen Abschluss für die Personen, die ohne Eintrittsprüfung von der Berufsmaturität kommen, finden könne. Das hat für uns die Ausgangslage natürlich verändert. Deshalb beantragt eine Mehrheit der BiK, den Antrag anzunehmen.

Wie Sie sicher gemerkt haben, wurde ziemlich lobbyiert. Noch gestern Abend kam ein E-Mail der Vereinigung der Studierenden der PH. Der Weltuntergang wird ziemlich stark heraufbeschworen. Ich muss sagen, dass ich die Argumente materiell zum Teil etwas dürftig finde, beispielsweise die Aussage, diese Personen seien quasi zu wenig qualifiziert. Erstens erinnere ich daran, dass es um die Klassen bis zur sechsten Klasse geht. Sie müssen mit diesen Kindern nicht differenzieren und integrieren. Lateinisch hat man heute eh nicht mehr, man lernt in der Schule nicht einmal mehr das Passé simple. Sie müssen keine Genies sein. Zweitens müssen sie dann doch den gleichen Abschluss machen, in die Sek gehen und sich engagieren. Auch die finanziellen Argumente können wir nicht ganz nachvollziehen. Die Rede ist von zusätzlichen Kosten von 2 Mio. Franken. Tatsache ist, dass wir davon ausgehen, dass diese Personen grundsätzlich in den gleichen Modulen mitlaufen können und vielleicht einfach eine andere Prüfung oder separate Kurse machen. Noch etwas ist zu berücksichtigen: Es kostet auch weniger. Wenn diese Personen keine Matura oder Passerelle machen müssen, sparen wir etwas. Diese 2 Mio. Franken sind also ein wenig in Frage zu stellen.

Ein letzter Punkt: Wir haben uns in der Kommission und auch im Grossen Rat schon x-fach mit der Thematik des Lehrermangels beschäftigt. Natürlich wird das nicht alle Probleme lösen. Aber es ist eine der Geschichten, mit der man das Problem zumindest ein wenig angehen will. Ich glaube, die Motion von Jan Gnägi hatte einen entsprechenden Titel.

Werte Frauen und Männer, ich verstehe nicht, wenn man jetzt nicht einmal einen kleinen Schritt machen will, der etwas bringen würde. Ich habe einfach den Eindruck, man wolle das Problem weiterhin bewirtschaften. Wenn ich an das gestrige Schreiben der Vereinigung denke, habe ich den Eindruck, man wolle gar nicht, auch wenn es kleine Massnahmen sind, die einen Ansatz bieten, um etwas zu leisten. Soweit meine Ausführungen. In diesem Sinn beantrage ich im Namen der Mehrheit, dem Antrag zuzustimmen. Vielleicht noch zum Formalen, es sind drei Punkte: Es geht um Art. 25 Abs. 1, Art. 25 Abs. 1a und Art. 26. Das hängt damit zusammen, dass die Oberstufe separat geregelt wird. Konsequenterweise müssten Sie, wenn Sie für das Anliegen sind, immer mit der Mehrheit stimmen. (*Grossrat Krähenbühl wendet sich an den Präsidenten. / Le député Krähenbühl s'adresse au président.*) Ich nehme an, wir sprechen nicht mehr dazu, Herr Präsident, est-ce que c'est correct ? On ne parle plus de l'article 26 parce que c'est la même matière ? (*Der Präsident bejaht dies. / Le président le confirme.*) Also gut. Besten Dank.

Daniel Wildhaber, Rubigen (SP), Sprecher BiK-Minderheit. Samuel hat natürlich recht. Das ist wahrscheinlich eine spannende Debatte, und innerhalb des PH-Gesetzes vielleicht die spannendste. Die BiK-Minderheit schätzt sehr, dass Personen mit Berufserfahrung, mit Berufsmaturität (BM) und mit Ergänzungsprüfungen zur Ausbildung als Primarlehrperson zugelassen sind. Solche Menschen sind ein Mehrwert in der Ausbildung und ganz besonders im Schulalltag. Die Minderheit ist aber gegen die Zulassung zu dieser Grundausbildung ohne Ergänzungsprüfung. Weshalb? Der Kanton Bern will auch in Zukunft eine qualitativ hochstehende Ausbildung anbieten. Die Zulassung von Studierenden nur mit der BM ist unserer Meinung nach auch der falsche Weg im Kampf gegen den Lehrpersonenmangel. Es wäre nämlich ein Rückschritt in die Zeit der kantonalen Diplome, würde zu unnötigen Kosten führen und brächte ein Zweiklassensystem in die Schulen und fehlende Perspektiven für die mit einem solchen kantonalbernerischen Diplomen. Schon heute kommt mehr als die Hälfte der Studierenden nicht mit einer gymnasialen Matura an dieses Institut. Die Fachmaturität Pädagogik ist ein bewährter Zugang, und viele Studierende kommen auch über die BM mit Ergänzungsprüfung zur Ausbildung für die Primarschulstufe. Die drei Hauptzugänge gymnasiale Matura, Fachmaturität Pädagogik und Ergänzungsprüfung für Berufsleute mit oder ohne BM haben sich bewährt. Seit kurzem gibt es an der PH Bern zusätzlich eine reduzierte Ergänzungsprüfung. So können Personen mit BM in einzelnen Fächern auf eine erneute Prüfung verzichten, weil sie das schon in ihrer Ausbildung absolviert haben. Wenn nun Personen ohne Ergänzungsprüfung an die PH zugelassen werden, können sie kein Bachelordiplom erhalten und bekommen eben nur ein bernisches Diplom ohne Anerkennung durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Solche Lehrpersonen können auch kein weiterführendes Studium, etwa in schulischer Heilpädagogik, in Angriff nehmen.

Die Ausbildung der kommenden Lehrpersonen nur mit BM müsste an der PH separat vom ordentlichen Studiengang durchgeführt werden. Die PH rechnet mit zusätzlichen Kosten von mindestens 2 Mio. Franken pro Jahr ab einem bis 20 Studierenden und von rund 4 Mio. Franken bei bis zu 20 Auszubildenden. Wir finden, dass diese mindestens 2 Mio. Franken besser eingesetzt werden könnten, wenn man das Geld auf Gesuch hin zur Unterstützung von Studierenden über dreissig einsetzen könnte. Ein Stipendium von 25'000 Franken für die Ü30-Jährigen würde zahlreichen zusätzlichen Studierenden das Studium an der PH ermöglichen. Mit 2 Mio. Franken könnte man auf diese Art und Weise sogar 80 Studierende unterstützen. Im Gesundheitswesen konnte man solche Anreize bereits mit Erfolg einsetzen.

Bei den BM gibt es fünf Hauptrichtungen. Jeder Typ passt zu einer EFZ-Lehre und macht möglich, an einer Fachhochschule ein zu einer Grundausbildung passendes Studium zu machen. Es gibt aber noch keine pädagogische BM. Gäbe es sie, wäre der prüfungsfreie Zugang zum Studium an der PH logisch. Wenn der Grosse Rat des Kantons Bern den prüfungsfreien Zugang zur Ausbildung für Berufsmaturandinnen und -maturanden im PHG festschreibt, bringt er unser Bildungssystem in

Schieflage. Die erfolgreich absolvierte Ergänzungsprüfung mit oder ohne Vorbereitungskurs gibt den angehenden Studierenden die Gewissheit, dass sie wichtige fachliche Voraussetzungen für das Studium am Institut Primarstufe erfüllen. Studierende mit Berufslehre und Ergänzungsprüfung werden heute hervorragende und dank Bachelor-Diplom vollwertige Lehrpersonen. Daran soll man nicht herumbasteln. Die Berner Ausbildung wäre ein Rückschritt und würde zu einem Zweiklassensystem führen. Die wohl grösste Gefahr ist, dass junge motivierte Menschen, die Lehrerin oder Lehrer werden wollen, ihre Ausbildung abbrechen, weil sie gleichzeitig Wissenslücken stopfen und allen übrigen Anforderungen des Studiums gewachsen sein müssen.

Mit dem prüfungsfreien Zugang für Personen mit einer BM würden aus unserer Sicht mehr neue Probleme schaffen als bestehende gelöst. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie als Sprecher der BiK-Minderheit, die BM-Zulassung ohne Ergänzungsprüfung nicht in das PHG aufzunehmen. Das fordern auch der bernische Regierungsrat, die PH und der Berufsverband Bildung Bern. Dieser Meinung ist auch meine Fraktion, und zwar einstimmig. Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Le président. Ich begrüsse auf der Tribüne eine Klasse aus der Berufsfachschule Bern gibb. Es ist die Maurer-Klasse im zweiten Lehrjahr. Herzlich willkommen. (*Applaus / Applaudissements.*)

Michael Ritter, Burgdorf (glp), Fraktionssprecher. Ich bin hier, um Ihnen die Überlegungen einer intensiven Diskussion in unserer Fraktion über das Filetstück der Revision des PHG bekannt zu geben. Ich beginne gleich so: Die grünliberale Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen. Ich begrenze mich auf die zwei wichtigsten Argumente, die für den Antrag der Kommissionsmehrheit sprechen, und auf die zwei wichtigsten, die dagegen und für den Antrag des Regierungsrates sprechen. Dafür würde sprechen, dass wir in einen Lehrkräftemangel hineinrasseln oder schon hineingerasselt sind. Es ist eine Möglichkeit – ich betone, eine! –, mehr Lehrkräfte auszubilden, um solch einem Problem zu begegnen. Es ist natürlich nicht der einzige Weg zur Problemlösung. Ich gebe zu bedenken, dass es die Erscheinung relativ vieler Lehrkräfte gibt, relativ früh den Beruf zu wechseln. Das ist nicht ein echtes Gegenargument dafür oder dagegen, mehr auszubilden, aber man muss es erwähnen. Aus unserer Sicht ist offen, wie gross die Nachfrage sein wird. Das ist sehr spekulativ. Auf alle Fälle kann man sagen, jeder oder jede, welche die Ausbildung mit der neuen Möglichkeit wählt, ist jemand zusätzliches, der hilft, die Lücke in ein paar Jahren zu schliessen. So kann man argumentieren.

Ich komme zu einem zweiten Argument, das auch dafürsprechen würde. Es gibt gewisse Hinweise, aber es ist gemäss meinem Wissensstand nicht ganz wasserdicht untersucht, dass sogenannte quereinsteigende Lehrkräfte in der Tat ausserordentlich motivierte Lehrkräfte sind und werden. Man muss dazu sagen, dass das nach meinem Wissensstand, meinen Erfahrungen und nach Gesprächen, die ich mit Personen aus dem Bildungskuchen führe, nur gilt, wenn diese Personen, diese Quereinsteigenden, auch eine Lehrerausbildung abgeschlossen haben. Bei Quereinsteigenden ohne Lehrerausbildungsabschluss stehen vielen Fragezeichen im Raum, und wir können das nicht so behaupten. Aber man darf es als Argument brauchen. Es geht hier ja nur um Personen, die den PH-Abschluss machen wollen.

Es gibt auch Argumente dagegen, das muss ich ganz klar sagen. Ein Argument dagegen kreist um die Problematik der Qualität der Lehrerausbildung. Denn das Konzept der PH ist stark vereinfacht im Grunde genommen, dass nicht Fachwissen vermittelt wird, sondern Didaktik und Pädagogik. Natürlich kann man keinen Unterricht ohne Fachwissen machen. Die Trennung ist in dem Sinn nicht immer ganz sauber möglich. Aber es ist nicht die Aufgabe und ganz sicher nicht die Hauptaufgabe der PH, das zu vermitteln. Mit dem Antrag entsteht jetzt eben das Problem, dass wir BM-Inhaberinnen und -inhaber haben werden, die beispielsweise keine einzige Lektion naturwissenschaftlichen Unterrichts nach ihrer eigenen obligatorischen Schulzeit hatten und dann Naturwissenschaften unterrichten sollen, immerhin auch bis Fünftklässlern. Das ist aus unserer Sicht ein grosses Problem, das – wenn der Antrag durchkommt, und danach sieht es ein wenig aus – wahrscheinlich dazu führt, dass die PH entweder diese Lücke zusätzlich füllen muss, das kostet, oder man schlechter qualifizierte Lehrkräfte hätte. Das wäre ein sehr starkes Gegenargument.

Punkt zwei, der kritisch ist: Der Kanton Bern geht einen Sonderweg, der nicht mit der EDK, einem sehr mächtigen Gremium im Bildungswesen, abgedeckt ist. Etwas deutlicher formuliert heisst das, es entsteht ein rein bernisches Patent mit Gültigkeit nur im Kanton Bern. Das ist aus unserer Sicht ganz klar ein Rückschritt. Denn man muss sagen, dass die schweizweite Anerkennung der Berufsabschlüsse ein Verdienst der letzten Jahrzehnte ist. Man kann beispielsweise die Diskussion um die Anerkennung des Anwaltspatents anführen, um einen ganz anderen Bereich zu nennen. Auf kantonale Patente zurückzugehen, ist sehr merkwürdig. Ich weiss, dass die Hoffnung dahintersteht, dass die EDK umgeschwenkt und die bernische Lösung einfach kopiert. Das ist aus unserer Sicht schlicht und einfach offen. Wir wissen es nicht, und es ist auch sehr schwer vorherzusagen. Es wären viele Kantone involviert. Aus diesem Grund kamen wir in der Fraktion zur Stimmfreigabe. Ich freue mich auf die weitere Diskussion.

Christine Grogg-Meyer, Bützberg (EVP), Fraktionssprecherin. Die EVP freut sich grundsätzlich darüber, dass bereits viele Personen mit einer Berufsausbildung mit Maturitätsabschluss den Weg in die Ausbildung als Lehrpersonen finden. Aus Sicht der Mehrheit der EVP sprechen aber folgende Gründe dafür, das geltende Recht betreffs Zugang zur PH über die BM beizubehalten. Unsere Berufsausbildung ist klar auf ein Berufsfeld ausgerichtet, das bestimmt denn auch die Zulassung. Auch bei den Fachhochschulen ist es so, dass man das Berufsfeld dort studieren kann, wo man ausgebildet ist, sonst muss man vor dem Studium ein Jahr Praxis vorweisen. Bei der Fachmaturität (FMS) ist es eigentlich ähnlich. Wir haben es vorhin gehört. Die FMS kennt die Fachrichtung Pädagogik mit einem prüfungsfreien Zugang zur PH. Aber wenn man mit einer anderen Fachrichtung aus der FMS kommt, hat man auch keinen prüfungsfreien Zugang und muss eine Ergänzungsprüfung machen. Das entspricht eigentlich genau dem, was Berufsmaturanden mitbringen.

Die Ergänzungsprüfung stellt sicher, dass das nötige Grundwissen vorhanden ist und die Studierenden möglichst gute Voraussetzungen haben, damit sie das Studium erfolgreich abschliessen können. Ein weiterer Punkt ist, dass es einen separaten Studiengang gibt, der uns wieder Geld kostet und von dem man eigentlich nicht weiss, welche Perspektiven er genau bietet. Das Diplom wird nur im Kanton Bern zählen. Das ist schon einmalig. Wir müssen auch daran denken, dass wir zudem die HEP-BEJUNE haben, an der unsere Französischsprachigen zu Lehrpersonen ausgebildet werden. Dort gibt es diese Möglichkeit nicht. Das würde für sie also nicht zählen, und dann hätten wir ein Problem: Wir hätten zwei unterschiedliche Ausbildungsarten im Kanton Bern. Ein weiterer Punkt: Wenn Ausserkantonale bei uns im Kanton Bern ein Studium, genau das Studium mit prüfungsfreiem Zugang zur BM, abschliessen möchten, müssten sie die Kosten wahrscheinlich selber berappen. Denn kein Kanton würde das bezahlen, weil es ihm ja nicht zugutekommt, und wer will das schon.

Ein weiterer Punkt: Bei Lehrerüberschuss haben wir das Problem der Fixierung auf den eigenen Kanton. Es ist einfach keine attraktive Ausbildung mit Perspektiven. Wir haben dann zwei Klassen von Lehrpersonen, und es könnte sein, dass man für den gleichen Job weniger Geld und Anerkennung erhält. Für uns ist das eine sehr vage Geschichte. Noch ein weiterer Punkt: Die Zulassung respektive die Ausbildung ist nur für die Primarstufe. Aber die EVP denkt, dass genau die Personen, die eine Berufsausbildung mitbringen und aus der Berufswelt kommen, die sind, die sich vor allem für die Oberstufe eignen würden. Da sehen wir einen Knackpunkt, der nicht geklärt ist. Das heisst, diese Personen eignen sich ganz besonders für eine Lehrerausbildung. Davon sind wir überzeugt. Aber es sind noch so viele Fragen damit verbunden, die offen sind. Wir fänden es für die wertvollen Personen aus der Berufslehre schade, wenn man sie so eigentlich verheizen würde oder ihnen nicht die Perspektiven geben könnte, die sie eigentlich bräuchten. Auf nationaler Ebene ist im Moment ein gleichlautender Vorstoss (M 20.4593: Prüfungsfreier Zugang mit der Berufsmatura zu pädagogischen Hochschulen für die Ausbildung zur Primarlehrperson, Curia Vista) hängig, welcher vom Bundesrat ablehnend beantwortet wurde. Wenn schon, gälte es, das Ergebnis im Nationalrat abzuwarten. Denn wenn schon eine Lösung, dann eine nationale, bei der man wirklich Lösungen sucht, die funktionieren, und nicht eine kantonale.

Die EVP wünscht sich Berufsleute als Lehrpersonen, ich kann das noch einmal betonen. Denn sie bringen wertvolle Erfahrungen aus der Berufswelt mit, die andere nicht mitbringen. Mit dem Ent-

scheid für eine prüfungsfreie Zulassung an die PH schaffen wir aber ein Ungleichgewicht, wie ich bereits sagte. Wir lösen hohe Kosten aus, weil wir die Wirkung noch gar nicht kennen. Wir kreieren ein kantonales Diplom, das in der Schweiz und in unserem Kanton und verglichen mit anderen Studien und Ausbildungen einmalig ist. Wir schreiben etwas ins Gesetz, das überhaupt nicht zu Ende gedacht ist. Denken wir noch einmal an die HEP-BEJUNE. Die Beschränkung auf den Kanton, zwei Klassen von Primarlehrpersonen, keine ausserkantonalen Einnahmen, eine Ungleichbehandlung mit Abgängern der FMS und der auf nationaler Ebene hängige Vorstoss – die EVP meint, es ist eine gut gemeinte Idee, die aber nicht so unausgegoren ins Gesetz geschrieben werden darf.

Le président. Wir werden die Anmeldungsliste nach dem Votum von Frau Grossrätin Baumann schliessen.

Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU), Fraktionssprecherin. Zuallererst möchte ich mich an dieser Stelle bedanken, dass ich für die EDU an den BiK-Sitzungen teilnehmen durfte, an denen diese drei Gesetze beraten wurden. Zu unserem Thema BM-Abschluss: Wir sind uns einig, und ich denke, dass das für uns alle gilt, dass es längerfristig eine Lösung und Annäherung geben sollte und geben muss. Es ist zu viel Wissen vorhanden, das vermischt und in Zukunft eben positiv genutzt werden kann und das verloren geht, wenn man nichts macht. Die EDU-Fraktion ist einem prüfungsfreien Übertritt gegenüber mehrheitlich positiv eingestellt. Die entsprechenden Hochschulen arbeiten gerne mit Studierenden zusammen, die das Studium als zweite Ausbildung absolvieren und eben auch Erfahrungen und Lebensreife aus dem beruflichen Leben mitbringen. Als Mutter von drei Söhnen, die ihre Berufsausbildung zusammen mit der BM gemacht haben und heute alle drei – nicht über die PH und nicht in einer öffentlichen Schule – in der Bildung gelandet sind, weiss ich, dass es genau die richtige Voraussetzung ist, die es braucht, um eine praxisnahe Bildung leben zu können. Die Zulassung wäre aber ein Berner Sonderweg, der zu einem kantonalen Diplom führen würde. Das wäre oder ist unschön. Aber es wäre auch bekannt, und wer das nicht möchte, hätte auf jeden Fall die Möglichkeit, den anderen Weg zu wählen. Was würde passieren, wenn plötzlich in anderen Kantonen Lehrermangel herrschen würde? Der Kanton Bern muss heute vereinzelt auf Lehrpersonen zurückgreifen, die wesentlich tiefere Qualifikationen als ein kantonales Diplom mitbringen. Das könnte plötzlich drehen, sodass andere Kantone auch Unterstufenlehrer mit einem Berner Diplom anstellen würden.

Wir haben es gehört, es gibt einen Vorstoss auf nationaler Ebene. Wir können nicht einfach sagen, das Thema sei ein komischer Berner Sonderwunsch. Es wird ein nationales Thema bleiben, gerade aus den Gründen, die wir schon von allen Seiten gehört haben, und den Vorteilen, die es bringen kann. Viele Interessierte mit BM-Abschluss schaffen schon heute die Ergänzungsprüfung ohne Umweg, also ohne Vorbereitungskurs, und können an der PH Bern Primar- und Sekstufe 1 studieren. Chancen könnten wir doch eigentlich denen geben, die interessiert sind. Nicht alle, die die BM gemacht haben, wollen nämlich an der PH studieren oder haben das Ziel, Lehrer zu werden. Aber den wenigen, die sich das zumuten, könnten wir die Türe öffnen und nicht noch schwere Steine in den Weg legen. Sie sehen, die EDU-Fraktion wägt beide Seiten ab. Es hat Unschönes, aber es hat auch sehr viel Positives. Aus diesem Grund werden in unserer Fraktion auch beide Meinungen vertreten sein. Aber wir sollten alle gemeinsam auf eine gute Lösung hinarbeiten, damit die BM in Zukunft gewinnen kann und es die Möglichkeit gibt, sich in den Lehrerberuf zu integrieren.

Corinne Schmidhauser, Interlaken (FDP), Fraktionssprecherin. Ja, wenn wir diesem Artikel zustimmen, gehen wir voraus. Ja, wir wären der erste Kanton, und ja, das wäre ganz ungewöhnlich. Denn der Kanton Bern neigt nicht dazu vor auszugehen. Lieber wartet man erst einmal ab, was die anderen vielleicht machen, und dann kommen wir vielleicht nach. Aber wenn sich einmal in letzter Zeit eine gute Gelegenheit bot, ist es hier, sind wir es. Bern ist einer der grössten Kantone. Soweit sind wir uns einig. Bern hat aber schweizweit auch eine der höchsten Berufsmaturitätsquoten. Wir haben 18 Prozent und damit gleich viel wie die gymnasiale Matur, die bei uns eher tief ist. Das ist einzigartig. Wenn *wir* die BM nicht stärken wollen, wer denn sonst? Dann sprechen alle von Lehrermangel, und ich höre alle sagen, wie toll die Berufsmaturanden seien, wie lebenserfahren, wie

berufserfahren und nicht schon mit 18 oder 19 an der PH. Das ist eigentlich alles gut. Aber eben, diese BM ist natürlich überhaupt nicht gleichwertig wie die gymnasiale Matur.

Ich muss für alle, die sich nicht dauernd mit Maturazeugnissen befassen, etwas erklären. Die gymnasiale Matura hat dreizehn Fächer zum Abschluss. Alle dreizehn Fächer sind völlig gleichwertig. Eine Kompensation ist möglich, und zwar komplett. Ich habe nur ein Kunstfach, mache also bis zur Matura entweder Musik oder Zeichnen, nicht beides. Ich kann in Mathe, Französisch und Englisch sehr wohl sehr ungenügend sein und es beispielsweise mit Musik, der Maturaarbeit oder Geografie kompensieren. Einfach von wegen der Breite der Ausbildung. Es ist nicht ganz so banal, von wegen es sei viel höher. Denn bei der BM dürfen Sie insgesamt nur zwei Punkte unter einer Vier sein, wenn Sie abschliessen. An der Matura können Sie eine Eins in mehreren Fächern haben. Klar müssen Sie das kompensieren. Aber es ist möglich. Ich sah schon ein paar Maturitätszeugnisse, bei denen ich leer schlucken musste.

Noch etwas zur FMS. Ja, natürlich ist die FMS eine wunderbare Ausbildung. Das ist gar keine Frage. Nur sind das genau die, die mit 15 oder 16 schon wissen, dass sie Lehrerinnen oder Lehrer werden wollen. Das ist wunderbar. Aber wir wollen auch die, die erst einen Beruf erlernt haben, die im Leben standen und danach Lehrer werden. Noch einmal: Es geht um die Primarstufe. Wir wollen nicht aus Berufsmaturanden Gymnasiallehrer machen. Da können sich alle entspannen. Trauen Sie das unseren Berufsmaturanden wirklich nicht zu? Unsere Regierungsrätin hat gesagt, sie kämpfe in der EDK schon lange dafür, dass andere Kantone das auch machen. Immer wieder gebe es einen Kanton, der sage, eigentlich müsste es auch ohne diese Prüfung gehen. Helfen wir ihnen doch! Lassen wir den Kanton Bern einmal vorausgehen, wir werden es nicht bereuen. Vor allem werden es unsere künftigen Schülerinnen und Schüler nicht bereuen. Denn eigentlich geht es um die Kinder, und die Kinder werden sich über Lehrer und Lehrerinnen freuen, die schon im Beruf standen. Wenn ich zurückblicke oder meinen Kindern zuhöre, erzählen sie immer wieder von den Lehrern, die auch etwas anderes erzählt haben, als wie viel zweimal zwei gibt. Die FDP ist einstimmig dafür, dass der Kanton Bern es wagt und vorausgeht.

Le président. Je dois malheureusement – pas malheureusement – interrompre la discussion : nous avons les résultats des élections. Je vais les donner maintenant puisque nous n'arriverons pas à terminer avant midi, vraisemblablement, la discussion sur cet art. 25 al. 1. Je donne les résultats des élections pour les autorités judiciaires.

Resultate der Wahlgeschäfte der Wintersession 2021 (Richter/-innen)**Résultats des élections de la session d'hiver 2021 (juges)**

Geschäft 2021.RRGR.327– Wiederwahl der Präsidentin für das Obergericht, für die Amtsdauer vom 01.01.2022 bis 31.12.2024 /

Affaire 2021.RRGR.327 – Réélection de la présidente de la Cour suprême, pour la période allant du 01.01.2022 au 31.12.2024

Wahlergebnis / Résultat des élections

2021.RRGR.327

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	152
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	152
Davon leer / Dont blancs	2
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	150
Absolute Mehr / Majorité absolue	76

Gewählt ist Anne-Marie Hubschmid mit 144 Stimmen.

Anne-Marie Hubschmid est élue par 144 voix.

Geschäft 2021.RRGR.326 – Wahl einer stellvertretenden Generalstaatsanwältin oder eines stellvertretenden Generalstaatsanwaltes mit Beschäftigungsgrad 100 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022

Affaire 2021.RRGR.326 – Election d'une procureure générale suppléante ou d'un procureur général suppléant à 100 %, pour la période jusqu'au 31.12.2022

Wahlergebnis / Résultat des élections

2021.RRGR.326

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	152
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	152
Davon leer / Dont blancs	4
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	148
Absolute Mehr / Majorité absolue	75

Gewählt ist Annatina Schultz mit 148 Stimmen.

Annatina Schultz est élue par 148 voix.

Geschäft 2021.RRGR.328 – Wahl dreier deutschsprachiger Ersatzmitglieder für das Obergericht (Nebenamt), für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /

Affaire 2021.RRGR.328 – Election de trois juges suppléantes ou juges suppléants germanophones de la Cour suprême, à titre accessoire, pour la période jusqu'au 31.12.2022

Wahlergebnis / Résultat des élections

2021.RRGR.328

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	152
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	152
Davon leer / Dont blancs	0
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	151
Absolute Mehr / Majorité absolue	76

**Gewählt sind Julia Eggli, Leonora Marti-Schreier, Esther Wyss Iff mit je 150 Stimmen.
Julia Eggli, Leonora Marti-Schreier, Esther Wyss Iff sont élues par 150 voix chacune.**

Geschäft 2021.RRGR.329 – Wahl einer zweisprachigen Jugendgerichtspräsidentin oder eines zweisprachigen Jugendgerichtspräsidenten mit Beschäftigungsgrad 50 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /

Affaire 2021.RRGR.329 – Election d'une présidente ou d'un président bilingue du Tribunal des mineurs à 50 %, pour la période jusqu'au 31.12.2022

Wahlergebnis / Résultat des élections

2021.RRGR.329

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	152
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	152
Davon leer / Dont blancs	0
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	152
Absolute Mehr / Majorité absolue	77

**Gewählt ist Marguerite J. S. Ndiaye mit 152 Stimmen.
Marguerite J. S. Ndiaye est élue par 152 voix.**

*Geschäft 2021.RRGR.330 – Wahl zweier deutschsprachiger Richterinnen oder Richter für die Regionalgerichte mit Beschäftigungsgrad jeweils 100 %, für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /
Affaire 2021.RRGR.330 – Election de deux juges germanophones pour les tribunaux régionaux à 100 %, pour la période jusqu'au 31.12.2022*

Wahlergebnis / Résultat des élections

2021.RRGR.330

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	152
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	152
Davon leer / Dont blancs	0
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	152
Absolute Mehr / Majorité absolue	77

Gewählt sind Yvonne Bürki mit 138 Stimmen und Marc-Olivier Nuspliger mit 88 Stimmen.

Yvonne Bürki est élue par 138 voix, Marc-Olivier Nuspliger est élu par 88 voix.

Matthias Zurbrügg erhielt 57 Stimmen / obtient 57 voix.

*Geschäft 2021.RRGR.334 – Wahl einer deutschsprachigen Fachrichterin oder eines deutschsprachigen Fachrichters in mietrechtlichen Streitigkeiten für die regionalen Schlichtungsbehörden (Nebenamt), für die Amtsdauer bis 31.12.2022 /
Affaire 2021.RRGR.334 – Election d'une juge spécialisée ou d'un juge spécialisé germanophone pour les litiges relevant du droit du bail des autorités régionales de conciliation, à titre accessoire, pour la période jusqu'au 31.12.2022*

Wahlergebnis / Résultat des élections

2021.RRGR.334

Ausgeteilte Wahlzettel / Bulletins distribués	152
Eingegangene Wahlzettel / Bulletins rentrés	152
Davon leer / Dont blancs	0
Davon ungültig / Dont nuls	0
Davon in Betracht fallend / Dont entrant en ligne de compte	152
Absolute Mehr / Majorité absolue	77

Gewählt ist Markus Cafilisch mit 152 Stimmen.

Markus Cafilisch est élu par 152 voix.

(Applaus / Applaudissements)

Vereidigung / Assermentation

Le président. Die frisch gewählte Generalstaatsanwältin, Frau Annatina Schultz, muss noch vereidigt werden. Ich bitte Frau Schultz, nach vorne zu kommen. Wir schreiten nun zur Vereidigung. Ich bitte alle anwesenden Personen im Saal und auf den Tribünen, sich zu erheben.

Frau Schultz legt das Gelübde ab. Ich bitte den Generalsekretär, die Gelübdeformel in deutscher Sprache zu lesen.

Der Generalsekretär liest die Gelübdeformel in deutscher Sprache vor. /

Le secrétaire général du Grand Conseil lit la formule de promesse en allemand.

Frau Annatina Schultz legt das Gelübde ab. / Madame Annatina Schultz fait la promesse.

Le président. Madame la Procureure générale suppléante, je vous souhaite beaucoup de satisfaction et d'enthousiasme dans votre nouvelle tâche.

(Applaus / Applaudissements)

Fortsetzung der Detailberatung des Geschäfts 2019.ERZ.71746 /

Suite de la délibération par article de l'affaire 2019.ERZ.71746

Le président. Nous poursuivons le traitement de l'affaire du point numéro 18 de l'ordre du jour, art. 25, al. 1. La parole est au groupe du Centre par la voix de M. le député Alfons Bichsel.

Alfons Bichsel, Merligen (Die Mitte), Fraktionssprecher. Corinne hat einen Steilpass gegeben. Sie hat nämlich dort aufgehört, wo ich gerne beginnen würde. Wo kommt die Wirkung bei den Lehrpersonen eigentlich zum Tragen? Wahrscheinlich in den Schulen. Wenn Sie in die Schulen gehen und die Schulleiter fragen, ob die Lehrpersonen mit einem BM-Abschluss einen guten Job machen, sind alle Schulleitungen hell begeistert von diesen Personen, weil sie einen wesentlichen Vorteil mitbringen: Sie bringen Lebens- und Berufserfahrung mit. Dani Wildhaber hat es gesagt. Für ihn, der selbst Schulleiter ist, gehören unbestritten die, welche die entsprechende Ausbildung gemacht haben, notabene mit einer Ergänzungsprüfung, zu den besten. Diese wünscht man sich in den Schulen natürlich. Die Schulleitung hat heute ein Problem. Die Schulleitung hat nämlich das Problem, dass sie Personen anstellen muss, die möglicherweise eben nicht einmal über die eidgenössischen Diplome verfügen. Wir stellen heute in den Schulen auch Personen ein, die aus dem Ausland kommen. Kennen wir ihre Qualifikationen und die Fähigkeiten, die sie haben oder nicht haben? Es gibt sogar Fächer, bei denen wir nicht ausgebildete Personen in den Schulen einstellen, nur damit wir unseren Bildungsauftrag erfüllen können.

Ja, natürlich stellt die Ergänzungsprüfung vieles klar und definiert auch den Studiengang. Und ja, es ist, wie wir heute gehört haben, auch ein gutes Mittel, damit viele von ihnen diesen Weg beschreiten. Noch viel wichtiger ist, dass wir diese Personen relativ lang und in der Regel sogar bis zuletzt behalten. Weshalb? Ein kurzer Blick in den Ausbildungskuchen der PH: Über 50 Prozent wählen den gymnasialen Weg, um Lehrpersonen zu werden. Das heisst, dass es 14 oder 15 Jahre junge Menschen sind, die sich berufen fühlen, Lehrpersonen zu werden. Sie machen diese Ausbildung und werden irgendwann Lehrpersonen. Vielleicht kommen sie mit 25 oder 30 Jahren zur Einsicht, dass es das nicht gewesen war und sie gerne etwas anderes machen würden. Hier setzt nun eben die BM ein. Menschen mit BM-Ausbildung, die sich Gedanken machen, den Werdegang einer Ausbildung als Lehrperson zu beschreiten, tun es nicht unüberlegt. Es ist keine Idee: «Jetzt mache ich ein bisschen etwas anderes, jetzt werde ich auch noch Lehrperson.» Es sind gestandene und reife Menschen mit einer Ausbildung, die genau wissen, wo es in Zukunft mit ihnen hingeht. Möglicherweise gibt es tatsächlich welche, die den Weg über die Ergänzungsprüfung wählen werden, damit

sie das eidgenössische Diplom erhalten. Dann gibt es auch diejenigen, die vielleicht aufgrund einer gewissen Prüfungsangst oder was auch immer sagen: «Nein, ich versuche es nun doch nicht.»

Wir haben vorhin etwas gehört: Kosten von 2 Mio. Franken stehen im Raum. Werte Kolleginnen und Kollegen, wovon reden wir denn konkret? Wir sprechen von Menschen, die einen Rucksack an Wissen haben. Jetzt können wir den Rucksack so anschauen, als sei er total leer und als sei überhaupt nichts drin. Dann sind es vielleicht 2 Mio. Franken. Oder wir prüfen tatsächlich, wie viel im Rucksack ist. Der Rucksack ist eben mehr als nur voll, und man könnte über eine Nachprüfung oder Nachqualifikation sicherstellen, wie viel in diesem Rucksack ist, damit man die Differenz im Bildungslehrgang ausgleichen kann.

Ich möchte Ihnen eine Kernbotschaft mitgeben. Wir haben diese Frage natürlich gestellt, nicht nur unserer Bildungsdirektion, sondern auch konkret der PH. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Die Frage war ganz klar, ob es, wenn diese Menschen den Abschluss erreicht haben, einen Unterschied zwischen Personen gibt, die es mit oder ohne Ergänzungsprüfung gemacht haben. Die Antwort, sowohl der Bildungsdirektion wie auch der PH, war, dass beide alles können. Das ist der wichtige Punkt. (*Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.*) Wir sind in der Schweiz bildungsmässig Nummer zwei. Wenn wir wollen, dass der Kanton auf dem ersten Platz ist und als Bildungskanton wahrgenommen wird, müssen wir mutig werden und etwas tun, und dann ist das der Weg, den wir beschreiten sollten.

Samuel Krähenbühl, Unterlangenegg (SVP), Fraktionssprecher. Erstens gebe ich kurz das Stimmverhalten der SVP-Fraktion bekannt. Die SVP unterstützt den Antrag der Mehrheit einstimmig. Zweitens ist es mir ein wichtiges Anliegen, auf etwas hinzuweisen: Wir haben bei den Heilpädagogiklehrkräften schon im Jahr 2017 etwas Ähnliches gemacht. Wir haben nämlich die Ausbildungsanforderungen etwas heruntergeschraubt. Es ist beispielsweise nicht mehr zwingend, dass sie ein Lehrdiplom haben müssen. Korrigieren Sie mich, Frau Regierungsrätin, aber ich glaube, diese Massnahme kann man durchaus als Erfolg betrachten. Denn sie hat dazu geführt, dass man den exorbitanten Mangel, den man gerade in diesem Bereich hatte, langsam etwas mildern kann. Von mehreren meiner Vorrednern wurde das angeführt, und es ist einfach so. Ist es besser, wenn wir Personen ohne irgendeinen Abschluss oder irgendwie Personen aus dem Ausland einstellen? Es geschieht übrigens manchmal in unseren östlichen Kantonen, dass sie Österreicher, Deutsche und so weiter einstellen, die irgendeinen Abschluss von dort haben, bei dem beispielsweise Schweizer Geschichte oder Französisch überhaupt keine Rolle spielt. Deshalb habe ich auch nicht so Angst wegen der Anerkennung. Ich bin fast sicher, dass das kommen wird. Denn sie sind auch nicht blöd und haben vielleicht lieber jemanden aus dem Kanton Bern, der einen schweizerischen Abschluss hat, als jemand, der gar keinen Abschluss hat oder beispielsweise aus dem Vorarlberg kommt.

Ein letzter Punkt. Christine Grogg, du musst mir kurz zuhören. Eine Fraktion hat einen reichen Erfahrungsschatz. Zum Glück haben wir auch immer wieder Kolleginnen und Kollegen, die schon etwas länger dabei sind. Kollege Ueli Augstburger hat mich auf etwas aufmerksam gemacht: Dein direkter Vorgänger in deinem Wahlkreis, Daniel Steiner-Brütsch, hat offenbar vor 10 Jahren ein ähnlich lautendes Postulat (M 146-2011: Zulassung von Berufsmaturanden an die PH Bern) mit eingereicht, und die EVP hat es damals unterstützt. Nur, damit das erwähnt ist. Ich glaube, er ist ein wenig vom Fach. Merci, ich habe geschlossen.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne), Fraktionssprecherin. Die Forderung, dass die Absolventinnen und Absolventen der BM prüfungsfrei an die PH können, ist nicht neu, und die Meinungen dazu sind hier schon recht gemacht. Auch die Fraktion Grüne findet, dass Personen mit einer Berufsausbildung und mit einer BM ohne Zweifel ganz wichtig für den Lehrerberuf sind. Sie bringen eine grosse Portion Lebenserfahrung mit. Das haben wir in dieser Debatte schon ein paarmal gehört. Das ist wichtig für diesen anspruchsvollen Beruf. Unsere Fraktion hat das Anliegen noch einmal gut diskutiert, und ja, wir haben auch gewisse Sympathien für diese Idee. Wir haben aber auch ein paar Bedenken. Zuerst möchte ich sagen, dass es nicht nur darum geht, ob man jemandem mit

einer gymnasialen Matura eher ein PH-Studium zutrauen würde als jemandem mit einer BM. Es ist aber eine Tatsache, dass hier zwei unterschiedliche Bildungswege vorliegen, die in Hinblick auf die fünf verschiedenen BM-Typen, die es gibt, sogar noch diverser sind und die ganzen Zulassungsbedingungen noch deutlich komplexer machen, als sie ohnehin schon sind.

Noch kurz zur FMS Pädagogik: Es geht immerhin drei Jahre, und sie haben ein breites spezifisches Spektrum an Fächern im Bereich Pädagogik, das eben auf den Lehrerberuf vorbereitet. Ich möchte erneut darauf eingehen, wie heute die Zulassungsbedingungen für die geregelt sind, die mit der BM kommen. Die Ergänzungsprüfung wurde schon mehrfach angesprochen. Diejenigen, welche die BM absolviert und die Prüfung gemacht haben, können jetzt die Ergänzungsprüfungen machen. Es ist eben eine Ergänzungsprüfung und keine Aufnahmeprüfung. Je nach Typ der BM kann einem nämlich die eine oder andere Prüfung erlassen werden. Nur ein Beispiel aus dem Strauss an Optionen: Wenn man ein Sprachdiplom hat, muss man für diese Sprache keine Prüfung mehr ablegen. Es ist ein wirklich ausgeklügeltes, faires System, das die Studierenden genau dort abgeholt, wo sie ausbildungsmässig stehen. Spannend ist auch, dass man als Studentin oder Student entscheiden kann, ob man lieber Lehrperson für die Primarschulstufe oder doch lieber für die Sekundarstufe 1 werden will. Gymlehrer ist hier kein Thema. Mit der neuen Regelung, die nun ins Gesetz kommt, kann man nur eine Richtung studieren, und zwar kann eben Primarlehrperson werden. Das ist sehr schade, weil Berufsleute gerade auch in der Sekundarstufe 1 sehr spannend sind. Sie sind in gewissen Gebieten Spezialisten, was im Schulalltag einer Sekundarstufe 1 eine wichtige Rolle spielt. Wenn man die Zulassungsbedingungen so ins Gesetz aufnimmt, haben die Studierenden keine Wahlmöglichkeiten mehr. Das ist in dieser Ausbildung eine Einbahnstrasse.

Es gibt weitere Fragen, die unklar sind. Wir wissen zum heutigen Zeitpunkt nicht, wie gross die Nachfrage für einen solchen neuen Studiengang ist, mit dem man notabene nur einen kantonalen Abschluss erlangt. Sind es 10, 30 oder 50 Personen? Es ist auch nicht klar, ob sie wirklich im Studiengang bleiben. Es gibt vielerlei Gründe, warum man ein Studium abbricht. Vielleicht, weil einem das Studium nicht gefällt, weil man doch lieber an die Fachhochschule gehen möchte oder weil gerade Berufsleute Studentinnen und Studenten sind, die neben dem Studium arbeiten und sich das Geld selbst verdienen müssen. Wenn man während des Studiums auch noch Nachqualifikationen erreichen müsste, ist die Grenze der Machbarkeit langsam erreicht. Lohnt es sich in Anbetracht dieser Unsicherheiten wirklich, extra einen Studiengang zu machen? Ist unter diesen Umständen das Hauptargument, dass man dem Lehrpersonenmangel entgegenwirken kann, wirklich standhaft? Man arbeitet seit Jahren daran, bei der EDK eine Mehrheit zu finden, damit Personen mit einer BM prüfungsfreien an die PH können und man schweizweit eine Lösung findet. Diese Verhandlungen umgeht man, wenn man diesem Antrag zustimmt. Der Kanton macht also einen Alleingang und bilden Personen aus, die nur ein im Kanton anerkanntes Diplom haben. Ich glaube, es ist ein Irrtum zu meinen, dass andere Kantone mitziehen werden und der Kanton Bern eine Vorreiterrolle übernehmen wird. Es würde womöglich bei einer Berner Lösung bleiben. Es wäre vielleicht sinnvoller, wenn man sich gesamtschweizerisch beispielsweise für eine BM Pädagogik einsetzen würde.

Ein letzter Punkt, auf den ich noch kurz zu sprechen kommen möchte, ist die Finanzierung. Lohnt es sich für etwas, das heute so viele Fragen aufwirft, extra einen kostspieligen Studiengang aufzubauen? Man spricht nun von 2 Mio. Franken. Aber wenn ich es richtig verstanden habe, ist das ein Minimalbetrag. Ist man im Rat auch bereit, gewisse Ressourcen zu sprechen, die zu einem späteren Zeitpunkt nötig sind? Das müsste so sein, wenn es ... *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Vielleicht braucht es jetzt gerade einen Zwischenstopp, und vielleicht wäre es eine Chance, für die zweite Lesung gewisse Fragen zu klären. Wie gesagt ist die Fraktion Grüne nicht dagegen. Sie hat viele Sympathien. Aber der Weg dorthin ist nicht klar genug, um es nun einfach ins Gesetz zu murksen. Deshalb stimmen wir dem Antrag nicht zu.

Jan Gnägi, Aarberg (Die Mitte), Einzelsprecher. Ich möchte gar nicht zu fest in die Details gehen. Sie wurden von den Mitgliedern der BiK schon zuhauf genannt. Ich könnte für Sie auch einfach die verschiedenen Speeches wiederholen, die ich, aber auch andere, im Verlauf der letzten 12 Jahre im Grossen Rat zu diesem Thema hielten. Es ist nämlich ein Thema, das uns bereits mehrfach be-

schäftigt hat und uns bereits sehr lange beschäftigt. Ich kann Ihnen sagen, dass es Themen gibt, zu denen ich vor 12 Jahren noch eine andere Meinung hatte als vielleicht heute. Hier ist es aber so, dass ich nach wie vor der gleichen Meinung bin. Ich würde mich auch freuen, wenn das Anliegen nach so langer Zeit und zum Schluss meiner Karriere im Rat endlich durchkäme. Ich bitte Sie, den Argumenten der Mehrheit zu folgen und endlich den prüfungsfreien Zugang zu ermöglichen. Bei allen Details, die wir jetzt besprochen haben, ist für mich nämlich eine Frage entscheidend. Entscheidend ist doch, wie die Studierenden aus der PH herauskommen und nicht, wie sie in die PH hineingehen. Ich bin überzeugt, unsere PH schafft es, aus diesen Personen gute Lehrer zu machen. Ich bin überzeugt, dass die Berufsmaturanden auch ohne Aufnahmeprüfung gute Lehrpersonen abgeben. Ich bitte Sie, der Mehrheit zuzustimmen.

Peter Gasser, Bévillard (PSA), intervenant à titre personnel. Faut-il encourager les détenteurs d'une maturité professionnelle à envisager une reconversion dans l'enseignement ? Est-ce que les « Quereinsteiger » sont les bienvenues dans les hautes écoles pédagogiques ? A toutes ces questions, nous répondrons toutes et tous un grand « oui ! ». Je suis persuadé que nous sommes tous convaincus de l'apport incontestablement bénéfique des titulaires d'une maturité professionnelle. Seul problème, ce n'est pas la question à laquelle nous sommes appelés à répondre. La seule décision à prendre est d'autoriser ou non l'accès direct de ces derniers, donc, sans examen complémentaire à la formation des enseignantes et enseignants primaire. Avec la création des HEP et des HES, la Suisse a au début du millénaire clairement renoncé aux formations cantonales au profit de critères communs permettant d'établir des certificats nationaux, qui plus est, reconnus internationalement.

Or, avec la modification légale proposée, nous retournerions à ces pratiques que je qualifie d'un autre temps : une certification cantonale. Est-ce vraiment ce que vous désirez, chers collègues ? L'« Alleingang » n'est pas une bonne option en la circonstance. Restons Suisses, soignons et cultivons le consensus !

A ceux qui seraient tentés par la voie solitaire, je vous enjoins de suivre, comme cela a déjà été dit, avec attention ce qu'il adviendra de la motion déposée par le conseiller national Simon Stadler en décembre de l'année passée et qui demande justement cet accès direct au niveau fédéral. Attendez ces résultats. Mes préopinants en faveur de l'accès direct vous diront également que c'est un excellent moyen pour lutter contre la pénurie d'enseignantes et enseignants. Je doute de la pertinence de cet argument : dans les faits, l'actuelle pratique qui offre *trois* possibilités d'accès autre que la maturité gymnasiale, cette manière de faire a fait ses preuves. En tant que titulaire d'une maturité professionnelle, vous pouvez suivre, soit la passerelle, et faire l'examen avec de bons taux de réussite – 83 pour cent au niveau national – ou tenter l'examen directement ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) ... 53 pour cent de taux de réussite à cet examen, on peut le faire – soit déposer une demande de validation d'acquis ; là, on en reparlera, le canton a beaucoup à faire.

Ces possibilités fonctionnent bien. (*Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.*) Les titulaires d'une maturité professionnelle ne cessent d'augmenter à la PHBern. Mais, enfin, dans un canton bilingue, il est toujours regrettable de vouloir faire les choses différemment selon la région. (*Der Präsident schaltet dem Redner infolge überschrittener Redezeit das Mikrofon aus. / Le temps de parole de l'orateur étant écoulé, le président coupe le micro.*)

Le président. Trois minutes, Monsieur le Député, trois minutes, je suis désolé. Einzelsprecher : trois minutes. – Non, non. – La parole est à M. le député Wyrsch.

Daniel Wyrsch, Jegenstorf (SP), Einzelsprecher. Ich brauche nicht drei Minuten. Ich habe 25 Jahre lang Berufsmaturanden ausgebildet und war während 20 Jahren in der Schulleitung der grössten Berufsmaturitätsschule der Schweiz tätig. Ich weiss also, was Berufsmaturitätsschülerinnen und -schüler können und nicht können. Sie können sicher auch Lehrer werden. Das ist sicher kein Problem. Vorab freut mich natürlich, wenn Sie die BM in diesem Saal so loben. Das ist sehr erfreulich.

Denn als wir in den Neunzigerjahren begannen, die Berufsmittelschule in eine Berufsmaturitätsschule umzuwandeln – im Jahr 1994 wurde die Sekundarstufe 2 gleich angehoben wie die Gymnasien, weshalb der Begriff Maturität aufkam –, wussten wir nicht, wie toll das einmal zum Fliegen kommen würde. Wir haben nie gewagt, uns vorzustellen, dass es einmal 18 Prozent sein werden. Es ist natürlich etwas Sinnvolles, das ist unbestritten. Es ist aber auch unbestritten, dass man mit einer BM den prüfungsfreien Zugang zur Fachhochschule hat, genau gleich, wie man bei der gymnasialen Matura einen prüfungsfreien Zugang zur Universität hat. Jetzt ist die Frage, was wir mit denen machen, die übers Kreuz wechseln wollen.

Man hat dann gesagt, wenn die Berufsmaturanden an die Uni oder an die PH wollen, müssen sie zusätzlich etwas machen, nämlich ein zusätzliches Jahr. Jetzt müssen sie noch eine Eintrittsprüfung machen, deren Niveau immer etwas tiefer wird. Ich glaube, es ist zumutbar, dass man auch noch diese Eintrittsprüfung machen muss, damit man die normale PH besuchen kann. Das ist keine grosse Hürde mehr. Es ist eben so: Wenn man nicht den direkten Weg wählt, muss man zusätzlich etwas machen, damit man auf den anderen Weg kommt. Denn im umgekehrten Sinn ist es so, dass man bei der gymnasialen Matura ein Praktikum machen müsste, wenn man an die Fachhochschule möchte. Gnade Gott, wenn ein Gymnasiast ohne Praktikum beispielsweise Architekt oder Elektroingenieur an der Fachhochschule werden will. Das geht auch nicht gut. Deshalb: Bleiben wir bei der einfachen Eintrittsprüfung. Es ist sonst bildungssystematisch einfach falsch.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp), Einzelsprecher. Ich wurde noch selten bei einem Thema von links und auch von rechts so angegriffen. Ich habe mir den Entscheid als Lehrervertreter nicht einfach gemacht und gut zugehört. Ich bin, wie Jan Gnägi, seit Jahren an diesem Thema dran. Ich komme aber zum Schluss, dass wir es wagen sollten und wagen dürfen. Ich sehe kein so grosses Risiko von Nebenwirkungen. Wieso sollen wir nicht ein Pilotkanton werden und einen Pilotstudiengang an der PH Bern starten? Corinne Schmidhauser hat Ihnen die statistischen Zahlen erläutert. Wir haben im Kanton Bern eine sehr tiefe Maturitätsquote. Ergo heisst das, dass wir eine sehr hohe Berufsmaturitätsquote haben. Wenn man beides zusammenzählt, sind wir immer noch massiv tiefer als die meisten Kantone, und zwar bis zu 20 Prozent. Was heisst das? Wir haben im Schnitt starke Leute in den Berufsmaturitätsschulen, Personen, denen wir das zutrauen können.

Neben der empirischen Ebene möchte ich noch etwas aus meiner Erfahrung als Lehrperson sagen. Ich habe über 10 Jahre am Gymnasium unterrichtet und viele Personen getroffen, die ich als nicht für eine PH-Ausbildung geeignet bezeichnen würde. Sie haben alle ihr Ticket bekommen. Wie das funktioniert, hat Corinne erzählt. Ich habe auch jahrelang an Berufsschulen und an der BM unterrichtet. Ich sah auch dort viele Personen, die nicht geeignet wären. Ich sah aber auch viele, die geeignet wären, sogar solche ohne BM. Unser Alt-Grossratskollege Steiner ist der Institutsleiter der PH. Ich bin überzeugt, dass er zuhört. Es wird an ihm liegen, den Studiengang so zu gestalten, dass er wirklich gleichwertig ist, damit diese Personen wirklich gleichwertig herauskommen. Das auf Gesetzesstufe zu regeln, wäre falsch. Allenfalls könnte die Regierung noch etwas auf Verordnungsstufe regeln und Leitplanken setzen, falls wir dem heute zustimmen. Aber eigentlich gehört das in das Studienreglement. Es sollte, wie Jan sagte, möglich sein, in drei Jahren PH dafür zu sorgen, dass sie gleichwertig herauskommen. Noch ein Wort an Herrn Wyrsch. Das Ziel soll natürlich schon sein, dass sie dieselben Löhne verdienen, wenn sie gleichwertig herauskommen. Und an Herrn Steiner: Ja, wenn der Grosse Rat A sagt, muss er auch B sagen. Es wird etwas kosten. Ob es gleich 2 Mio. Franken sein müssen, werden wir noch sehen.

Ich nenne eine Analogie, dann höre ich auf. Wir haben im Rat viele Personen, die ich für qualifiziert und geeignet halte, um diesen PH-Studiengang zu machen. Viele von ihnen haben nicht einmal die BM. Wir haben drei Regierungsrätinnen und Regierungsräte, die keine akademische Bildung und zum Teil auch nicht die BM haben. Ich würde sie als hervorragend qualifiziert als Regierungsräte und auch geeignet für einen solchen Studiengang bezeichnen. Trauen wir uns das zu, lassen wir sie rein! Es ist dann an der PH, zu selektionieren und sie, wenn sie den Ansprüchen nicht genügen, auch wieder hinauszuselektionieren. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)*

Christine Häsler, BKD-Direktorin. Ich bin eine von denen ohne akademische Ausbildung und ohne Matura. Trotzdem teile ich Ihnen mit, dass ich und die ganze Regierung in einer Sache hundertprozentig mit Ihnen einig sind. Selbstverständlich sind die Studierenden mit BM als künftige Lehrerinnen und Lehrer sehr erwünscht. Selbstverständlich! Deshalb habe ich mich, wie bereits mein Vorgänger, auch von Anfang an immer wieder dafür eingesetzt, dass wir auf nationaler Ebene, dort, wo es geregelt ist, dafür sorgen, dass sie die PH ohne Prüfung besuchen können. Sie sind sehr erwünscht, und sie sind jetzt schon an der PH. Rund 20 Prozent aller Studierenden an der PH Bern sind schon jetzt Studierende mit BM. Sie kommen trotz dieser Prüfung an die PH. Ich habe vorhin schon angetönt, dass die Zulassung an die Pädagogischen Hochschulen, wie für alle Hochschulen, auf Bundesebene im Bundesrecht geregelt ist. Daran muss sich der Kanton Bern einfach halten, ob es uns gefällt oder nicht. Heute ist es so geregelt, dass Personen mit einer gymnasialen Matura oder einer Fachmatura Pädagogik direkt an der PH zugelassen werden. Mit einer Ergänzungsprüfung zugelassen sind Personen mit einer BM oder mit bestimmten weiteren Vorbildungsnachweisen oder -ausweisen. Sie können also schon heute an die PH. Sie sind zahlreich und machen es gut. In Bezug auf die Prüfung hören wir von Studierenden sehr oft, dass sie sie nicht einfach als grosse Hürde betrachten, sondern auch als Chance, um zu sehen, wo sie stehen, was sie können und was sie mitbringen.

Also: Würde der Kanton Bern die Personen mit BM jetzt direkt in einem regulären Studiengang, in einen von denen, die wir schon haben, zulassen, würden wir die gesamtschweizerische Anerkennung aller Primarschullehrdiplome an der PH Bern verlieren. Deshalb geht es nur über einen separaten Studiengang. Man kann hier schon darüber diskutieren, was dieser kostet und ob es wirklich gleich 2 Mio. Franken sind oder nicht. Aber es wird nicht einfach nichts sein. Ich will, dass Ihnen bewusst ist, liebe Grossrätinnen und Grossräte, dass das, was Sie wünschen, ein Preisschild hat. So gut rechnen kann ich, dass ich sehe, dass es ein sehr breit akzeptiertes Anliegen ist. Es ist ein Aufwand. Wir müssen diesen separaten Studiengang an der PH Bern wirklich aufbauen, und wir müssen einen substanziellen Anteil der Lehrveranstaltungen anbieten, damit später nicht die nationale Anerkennung für alle Diplome verloren geht, sondern wir ein zusätzliches Diplom abgeben können. Davon sprechen Sie: Von einem Diplom, das man nur im Kanton Bern brauchen kann. Bei den Hochschulen ist auch immer wichtig, dass Personen aus anderen Kantonen bei uns studieren, und da ist die PH ebenso erfolgreich wie unsere anderen Hochschulen. Das gibt ein grosses Mengengerüst und hilft uns, zu guten Preisen ausbilden zu können. Das hilft uns, effizient zu sein und führt zu Beiträgen der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV). Sie sind in diesem Bereich enorm wichtig. Die werden wir mit diesem Lehrgang nicht erhalten. Kein Mensch wird aus einem anderen Kanton kommen und diesen Lehrgang machen wollen. Niemand. Das wird einfach wegfallen, schlicht und ergreifend wegfallen.

Aktuell sind es rund 20 Personen pro Jahr, die die Ergänzungsprüfung nicht bestehen. Wir sprechen von 20 Personen. Es ist eine sehr engagierte und ganz wichtige Diskussion, aber eine wegen 20 Personen. Wir wissen, dass es ein grosses Preisschild haben wird, wenn wir das aufbauen. Es wird nicht so weit weg von den 2 Mio. Franken sein. Denn dort, wo wir die Zahlen herhaben, können sie schon rechnen. Wir setzen sie ein, um diese 20 Personen ohne Prüfung aufzunehmen und dann auszubilden.

Ich bin sehr gerne bereit, liebe Grossrätinnen und Grossräte – es braucht diese Debatte im Grossen Rat nicht, um mich noch einmal zu motivieren, denn ich bin sehr motiviert –, mich weiterhin auf schweizerischer Ebene dafür einsetzen, dass wir endlich erreichen, dass wir es so regeln und dort regeln können, wo es geregelt ist, nämlich auf schweizerischer Ebene. Sei es durch die hängige Motion (M 20.4593: Prüfungsfreier Zugang mit der BM zu pädagogischen Hochschulen für die Ausbildung zur Primarlehrperson, Curia Vista) oder auch durch die intensiven Diskussionen, die wir in der EDK führen. Ich glaube, es ist richtig, dass man für diese rund 20 Personen eine Lösung findet und hier nicht eine im Umfang von etwa 2 Mio. Franken bastelt, bei der man sagen muss, dass es kein wahnsinnig grosses Potenzial hat, um die Problematik des Lehrpersonenmangels im Kanton Bern wirklich beheben zu können. Ich bitte Sie, dieses Preisschild ebenfalls vor Augen zu haben, wenn Sie nun auf den Knopf drücken werden. Ich danke Ihnen herzlich für die angeregte und spannende Diskussion und wünsche Ihnen nachher einen guten Appetit und eine schöne Pause.

Le président. Nous allons voter sur cet art. 25, al. 1 avant de prendre la pause : les député-e-s qui soutiennent la proposition de la majorité de la commission votent oui, celles et ceux qui soutiennent la proposition de la minorité et du gouvernement votent non.

Abstimmung / Vote

2019.ERZ.71746: Art. 25 Abs. 1 / art. 25, al. 1

Antrag BiK-Mehrheit (Ja), Antrag BiK-Minderheit und Regierungsrat (Nein)

Proposition majorité de la CFor (oui), proposition minorité de la CFor et Conseil-exécutif (non)

Annahme Antrag BiK-Mehrheit / Adoption proposition majorité de la CFor

Ja / Oui 83

Nein / Non 60

Enthalten / Abstentions 4

Le président. Vous avez décidé de soutenir la majorité de la commission de la formation. Il n'y a pas de vote – s'il vous plaît, ce n'est pas terminé – il n'y a pas de vote sur la proposition qui l'emporte car la proposition de la minorité et du gouvernement souhaitait le droit en vigueur.

Resultate der Wahlgeschäfte der Wintersession 2021 (Organe des Grossen Rates) Résultats des élections de la session d'hiver 2021 (organes du Grand Conseil)

Le président. Je vous informe encore, avant de prendre la pause, que tous les candidats à l'élection aux commissions ont été élus. (*Applaus / Applaudissements*)
Et bon appétit.

Anmerkung der Tagblattredaktion:

Die Wahlprotokolle zu den Geschäften 2021.RRGR.333, 2021.RRGR.332, 2021.RRGR.341, 2021.RRGR.339, 2021.RRGR.338 und 2021.RRGR.340 finden sich auf der Internetseite der Wintersession 2021 des Grossen Rates (<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/wintersession-2021/sessionsprogramm.html> > Wahlen).

Remarque de l'équipe de rédaction du Journal : les procès-verbaux de l'élection concernant les affaires 2021.RRGR.333, 2021.RRGR.332, 2021.RRGR.341, 2021.RRGR.339, 2021.RRGR.338 et 2021.RRGR.340 sont disponibles sur le site web de la session d'hiver 2021 du Grand Conseil (<https://www.gr.be.ch/fr/start/sessionen/wintersession-2021/sessionsprogramm.html> > Elections).

Die Sitzung endet um 11.50 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 50.

Protokoll: / Procès-verbal :

Corinne Zalka Schweizer (d)

Ursula Ruch (f)